

11. Prüfungsfreier Übertritt ins Gymnasium

Postulat Sylvie Matter (SP, Zürich), Livia Knüsel (Grüne, Schlieren), Nicole Wyss (AL, Zürich) vom 31. März 2025

KR-Nr. 111/2025, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Roger Schmidinger hat jedoch an der Sitzung vom 5. Mai 2025 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Gymnasiallehrperson in einem Nachbarkanton, der den Zugang zum Gymnasium über Zeugnisnoten regelt.

Auch wenn das MBA (*Mittelschul- und Berufsbildungsamt*) die genauen Zahlen erst Ende Mai veröffentlichen wird, können wir auf Grundlage der Vorjahrszahlen annehmen, dass letzten Montag ungefähr 8500 bis 9000 Schülerinnen und Schüler an den Aufnahmeprüfungen für ein Gymnasium teilgenommen haben, 8500 Schülerinnen und Schüler, die sich mindestens das letzte Semester intensiv auf diese Prüfung vorbereitet und Vorbereitungskurse in ihren Gemeinden besucht haben, also viele Gemeinden im Kanton Zürich, die wie jedes Jahr Kurse finanzieren mussten, Lehrpersonen finden, Schulraum zur Verfügung stellen et cetera. 8500 Schülerinnen heisst auch 17'000 Elternteile, die nicht nur mitgefiebert und mitgelernt haben, sondern von denen etwa auch die Hälfte private Vorbereitungskurse finanziert hat. Denn auch wenn in allen Gemeinden Kurse angeboten werden, sehen wir doch, dass die sehr unterschiedliche Anzahl Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zwischen den Bezirken im Kanton Zürich mit den Unterschieden zwischen den durchschnittlichen Einkommen in den Bezirken korreliert, sodass der Schluss doch sehr nahe liegt, dass Jugendliche, deren Eltern einen Vorbereitungskurs finanzieren können, eher die Aufnahmeprüfung bestehen und darum viele diese Kurse in Anspruch nehmen, wenn sie die finanzielle Möglichkeit haben. Genaue Zahlen haben wir hier leider nicht.

Aber bleiben wir bei den 8500 Jugendlichen, die letzten Montag je zwei Prüfungen geschrieben haben, also 17'000 Prüfungen, die jeweils durchgeführt, beaufsichtigt, korrigiert werden müssen, und eine Zweitkorrektur muss jeweils auch geschehen. Also wenn wir jetzt Vorbereitung, Durchführung und Korrektur jeder Prüfung mit zwei Stunden Arbeitszeit berechnen, was sehr, sehr konservativ geschätzt ist, sind wir bei 34'000 Arbeitsstunden, die der Kanton Zürich finanzieren muss; ein sehr hoher Aufwand. Diese hohen Ausgaben aufseiten der Familien, der Gemeinden und des Kantons brauchen eine Rechtfertigung.

Dass die Bildungsdirektorin in den letzten Jahren in den Medien immer wieder gesagt hat, dass dieses System das effizienteste sei, hat mich jeweils überrascht. Denn bei den eben genannten Zahlen denke ich an vieles, das Wort «effizient» kommt dabei nicht vor. Weil mir nichts ferner liegt, als die Bildungsdirektorin Lügen zu strafen, gehe ich davon aus, dass sie die Effizienz auf das Bestehen des

Gymnasiums und einen späteren Erfolg an der Universität bezieht. Ich habe darum versucht, diese Annahme mit Fakten zu untermauern, denn ich bin der Ansicht, dass wir es diesem Kanton und unseren Wählerinnen und Wählern schuldig sind, faktenbasierte Politik zu machen. Zum Glück gibt es den Bildungsbericht Schweiz, der regelmässig erscheint, die Bildungslandschaft des ganzen Landes umfasst und dadurch Vergleiche zwischen den Kantonen zulässt. Leider sind die Ergebnisse in Bezug auf die Frage, ob eine Aufnahmeprüfung ausschlaggebend für den Erfolg an Gymnasium und Universität ist, ernüchternd. Oder anders gesagt: Es lässt sich nicht empirisch belegen, dass die Aufnahmeprüfung im Kanton Zürich ein besseres Selektionsinstrument im Hinblick auf den Erfolg an einem Gymnasium oder später an der Universität ist, beziehungsweise es gibt keine Evidenz, dass der prüfungsfreie Zugang schlechter wäre. Es zeigt sich im Bildungsbericht klar, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den kognitiven Kompetenzen und dem schulischen Erfolg am Gymnasium. Diese Kompetenzen zeigen sich aber in den schulischen Leistungen und haben keinen Zusammenhang mit der Selektionsweise. Vereinfacht gesagt, je mehr Jugendliche mit tiefschulischen Kompetenzen an die Gymnasien zugelassen werden, desto höher ist die Dropout-Quote. Die Art und Weise, wie die Zulassung geschieht, die Selektion stattfindet, ob über Zeugnisse, Prüfungen oder Empfehlungen, hat keinerlei Einfluss darauf, ob mehr Schülerinnen und Schüler mit tiefen Kompetenzen zugelassen werden und wie ihr Erfolg am Gymnasium ist. Es gibt keine Statistik, die den Einfluss der Selektionsweise belegt.

Jetzt werden Sie einwerfen, dass ein Abschaffen der Aufnahmeprüfung zu höheren Maturitätsquoten führt und bei einer hohen Maturitätsquote zwar dann viele eine Matura haben, aber dann im Studium nicht erfolgreich sind. Hier sehen wir in den Studien, dass die Maturitätsquoten in allen Kantonen zwischen den Bezirken stärker schwanken als zwischen den einzelnen Kantonen, das heisst: Innerhalb eines Gebietes mit der gleichen Selektionsweise gibt es grössere Unterschiede bei den Maturitätsquoten als zwischen den Gebieten mit unterschiedlicher Selektionsart. Für die Höhe der Maturitätsquote sind somit andere Faktoren ausschlaggebend als die Art und Weise, wie der Zugang selektioniert wird.

Auch ein Zusammenhang zwischen der Selektionsweise und dem Erfolg an der Hochschule ist im Bildungsbericht nicht nachweisbar. Die Studien zeigen, dass es eine Korrelation zwischen den Matura-Noten und dem Studienerfolg gibt, nicht der Selektionsweise beim Eintritt ins Gymnasium. Der Bildungsbericht hält ausserdem fest – ich zitiere –, «dass der Studienerfolg von Faktoren abhängt, die von den Gymnasien kaum beeinflusst werden können, es sind dies beispielsweise der gewählte Hochschultyp, der dort gewählte Fachbereich oder auch Faktoren wie das Alter der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten oder der Bildungsstand der Eltern». Oder deutlicher: Ein Zusammenhang mit der Selektionsweise beim Eintritt ins Gymnasium ist auch hier nicht gegeben. Die Aussage der Bildungsdirektorin, dass die Aufnahmeprüfung der effizienteste Weg ist, lässt sich also in Bezug auf Erfolg an Gymnasium und Hochschule nicht belegen. Der hohe Aufwand, der durch die Gymi-Prüfung verursacht wird, lässt sich somit durch den Bildungsbericht nicht rechtfertigen.

Stellt sich also die Frage, ob denn ein System mit prüfungsfreiem Übergang so grössere Nachteile hätte, dass sich ein Festhalten an der Prüfung rechtfertigen liesse. Darum erbitten wir genau das in diesem Postulat, einen Bericht, der die Auswirkungen einer Abschaffung aufzeigen würde, damit wir Fakten haben, um zu politisieren. Kantone, die keine Prüfung kennen und deren Erfahrung als Grundlage für diesen Bericht dienen kann, gibt es genug, die Machbarkeit des Berichts ist also gegeben. Ein solcher Bericht gibt uns die Grundlage zu entscheiden, ob der momentan betriebene Aufwand, unsere momentane Selektionsweise wirklich die effizienteste, die beste ist für die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Schulen, die Gemeinden, für unseren Kanton.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Wir im Kanton Zürich sollen die Prüfung abschaffen, aber die Gymi-Prüfung wird im Kanton Zug wieder eingeführt. Obwohl der Zuger Bildungsrat sehr starken Gegenwind hat, hält er daran fest. Seine Absicht ist, weniger Jugendliche ins Langzeit-Gymi zu bringen, und wir wollen das Gegenteil. Und wichtig ist: Wer ins Gymi will, soll eine Prüfung machen, und dann ist es auch gewiss, dass er dorthin will. Wenn das Postulat angenommen würde, kämen mehr Schüler ins Gymnasium und würden sicher mehr bei der Probezeit rausfliegen. Die Administration der Sekundarschule wird höher als in anderen Kantonen, wie wir das in anderen Kantonen haben nachlesen können. Darum unterstützt die SVP/EDU-Fraktion das Postulat nicht.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich glaube, im Kern wollen wir alle dasselbe: Wir wollen, dass die richtigen Kinder ins Gymnasium kommen. Wir wollen Chancengerechtigkeit, unabhängig von Herkunft, unabhängig von den finanziellen Mitteln der Eltern. Ich glaube, soweit können wir uns alle finden. Jetzt ist die Frage: Wie erreichen wir das? Und erreichen wir es heute?

Ich denke, in den Bereichen, in denen man es in diesem frühen Alter überhaupt erreichen kann, erreichen wir es. Wir machen Prüfungen, die eine Mischung aus Tagesform einerseits – es sind übrigens drei Prüfungen, nicht zwei, Sylvie Matter – und einer Erfahrungsnote, die zwar längerfristig in dem Sinn einen Horizont, aber den Nachteil hat, dass natürlich ein Kind in Opfikon vielleicht etwas anders beurteilt wird als ein Kind in Küsnacht. Die Mischung macht es aus und die Mischung ist wahrscheinlich nicht so schlecht. Wo wir es nicht erreichen, da sind wir uns wahrscheinlich auch einig, ist bei Kindern mit schwierigem Hintergrund, bei Kindern, die gar keine Unterstützung von zu Hause haben, da erreichen wir es wahrscheinlich nicht. Die Frage ist, können wir es dort überhaupt erreichen? Ich denke, dort ist viel, viel entscheidender, was wir in den letzten zwei Jahrzehnten in der Bildung gemacht haben, nämlich die Durchlässigkeit, dass man eben auch nach der zweiten oder nach der dritten Sek dorthin kann, dass man mit einer BMS (*Berufsmittelschule*) irgendwann auch studieren kann, und so weiter. Das sind die Möglichkeiten, die man heute hat, und das sind gute Möglichkeiten. Ich erinnere immer wieder und gerne daran, dass der CEO (*Sergio Ermotti*) der grössten und

einzigsten Grossbank der Schweiz (*UBS*) keine Matura hat, er hat eine Lehre gemacht. Man kann also alles erreichen mit einer Lehre, es gibt keinen Grund, etwas anderes zu pushen.

Noten sind nicht perfekt. Noten, die wir in der Schule erhalten, sind nicht perfekt, sie sind nicht vergleichbar. Prüfungen, die an einem Tag stattfinden, sind insofern nicht vergleichbar, als sie eben eine gewisse Tagesform beinhalten. Deshalb ist es wichtig, dass man das System offen und durchlässig hält.

Ein grosses Problem, und das ist für mich auch der Grund, weshalb es all diese Vorbereitungskurse gibt – Sie haben letzte Woche gehört, ich habe es gesagt, dass mein Sohn vor einer Woche auch an dieser Prüfung war, ich habe mit ihm auch gelernt –, ein grosses Problem ist, dass an dieser Prüfung Dinge gefragt werden, die in der Volksschule nicht gelehrt werden. Ja, wie soll da ein Kind, das null Support von zu Hause hat, die Chance haben, so eine Prüfung zu bestehen? Jetzt kann man entweder die Prüfung ändern oder, was mir fast lieber wäre, man würde sich mal überlegen, weshalb die Volksschulen das nicht unterrichten. Ganz triviale Sachen, einen Aufsatz schreiben, zunächst eine kurze Disposition, ein paar Notizen machen, das lernen sie nicht mehr in der Volksschule, das lernen sie offenbar erst in der Gymi-Vorbereitung – privat oder staatlich, ist ja egal –, das lernen Sie erst dort. Ein anderes Beispiel, ganz simple Gleichungen: Kästchen plus 6 gleich 12, das lernen sie nicht in der Volksschule, wieso nicht? Das kann man in der Volksschule lernen und offenbar kann man es diesen Kindern auch zutrauen. Das Ziel muss doch sein, dass Kinder, die ganz normal die Volksschule besuchen und dort Überflieger sind, dass diese Kinder ohne eine besondere Vorbereitung ins Gymnasium kommen, aber mit einer Prüfung. Das muss der Weg sein, und deshalb muss sich auch die Volksschule vielleicht ein bisschen bewegen und sich überlegen, ob gewisse Dinge, die gelehrt werden, wirklich so zentral sind oder ob man sich nicht wieder auf essenziellere Dinge konzentrieren sollte, damit eben auch Kinder, die sich keinen Kurs leisten können oder die keinen Support von zuhause haben, aber die einfach gut sind, damit die unabhängig von ihrem Hintergrund ins Gymnasium kommen. Ich denke, daran müssen wir arbeiten. Selbst wenn man nun so einen Systemwechsel wollte, muss man sich einfach bewusst sein: Man kann ja nicht nur an einem Rädchen drehen, oder? Das ist ein Gesamtsystem, das sich über mehrere Jahre erstreckt. Und einfach nur eine Prüfung abschaffen ist keine Lösung.

Und der letzte Punkt, was bei so einer Prüfung auch wichtig ist, auch wenn es natürlich nicht wissenschaftlich ist, ist die Akzeptanz. Akzeptiert die Bevölkerung, akzeptieren die Eltern diese Prüfung? Ich denke, sie tun es im Wesentlichen. Wenn sie es nicht mehr tun, dann werden sie bezüglich Chancengerechtigkeit keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt erleben. Dann werden nämlich jene Eltern, die es sich leisten können – ich gehöre nicht dazu – Privatschulen aufsuchen. Und ich kann Ihnen eines sagen, ich war ja auch irgendwann an der Uni, und das ist jetzt auch eine anekdotische Evidenz: Aber tendenziell war es schon so, dass die Schülerinnen und Schüler, die eine gekaufte Matur hatten, sei es aus Zuoz oder irgendwoher, dass die im Studium schon mehr Probleme hatten und nicht die

Überflieger waren im Gegensatz zu jenen, die an einem staatlichen Institut ganz normal eine Matur gemacht haben.

Die FDP ist sich bewusst, dass das System heute nicht perfekt ist, aber sie sieht kein besseres System und vor allem nicht dieses System, das jetzt vorgeschlagen wird. Ich danke Ihnen.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Vorweg, die GLP hat die Stimmfreigabe beschlossen, und ich spreche hier für jene Mitglieder der GLP-Fraktion, die dieses Postulat unterstützen.

Bei diesem Vorstoss geht es nicht darum, das Gymnasium abzuschaffen, Leistungsanforderungen zu senken oder unser Bildungssystem vorschnell umzubauen, es geht schlicht darum, hinzuschauen. Die Unterschiede bei den Übertritten ins Gymnasium innerhalb unseres Kantons sind erheblich. Während in einzelnen Gemeinden nur ein kleiner Teil der Schülerinnen und Schüler einen Übertritt schafft, liegt die Quote andernorts um ein Vielfaches höher. Diese Unterschiede lassen sich kaum allein mit Leistung erklären. Vielmehr wissen wir aus diversen Antworten der Bildungsdirektion selbst, dass sowohl primäre wie auch sekundäre Herkunftseffekte eine Rolle spielen, also Faktoren, die mit Unterstützung im Elternhaus, Ressourcen und auch mit unterschiedlichen Beurteilungen zusammenhängen. Das heutige Aufnahmefahren funktioniert in vielen Punkten gut. Es sorgt für klare Strukturen und für eine gewisse Vergleichbarkeit. Gleichzeitig erzeugt es aber auch Druck auf Schülerinnen und Schüler, die sich früh entscheiden und dem Druck dieser Prüfung standhalten müssen, für Familien, die teils erhebliche Mittel in die Vorbereitung investieren, und für Lehrpersonen, die zwischen Förderung und Selektion stehen. Die Frage ist deshalb legitim, ob es sinnvoll wäre, ergänzend zu prüfen, welche Folgen alternative Wege hätten.

Genau das verlangt dieses Postulat, keinen Systemwechsel, sondern eine Ausleageordnung. Es will wissen, welche Auswirkungen ein prüfungsfreier Übertritt in unterschiedlichen Varianten hätte – auf die Schülerinnen und Schüler, auf die Schulen, auf den Leistungsdruck und auf die Chancengerechtigkeit. Wer vom heutigen System überzeugt ist, kann einer solchen Prüfung gelassen entgegentreten. Und wer Verbesserungsbedarf vermutet, erhält eine Grundlage für eine faktenbasierte Diskussion. Dieses Postulat verlangt keine Entscheidung, es verlangt Erkenntnis.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Unsere Schülerinnen und Schüler, die ans Gymnasium wollen, müssen heute eine Übertrittsprüfung absolvieren. Laut Bildungsdirektion gehört das Aufnahmeverfahren des Kantons Zürich zu den effizientesten Systemen. Gleichzeitig wissen wir, dass vielen Kindern und Jugendlichen nach der 6. Primar sowie nach der 2. oder 3. Sek Gymi-Vorbereitungskurse nahegelegt werden und dass sie ohne diese Gymi-Kurse nicht bestehen werden. Rund um diese Prüfung ist inzwischen eine regelrechte Vorbereitungsindustrie entstanden. Zudem wissen wir aus verschiedenen Studien, dass schulische Beurteilungen bei Kindern aus sozial und wirtschaftlich benachteiligten Familien häufig tiefer aus-

fallen. Sprachliche Hürden können das Bild zusätzlich verzerren, und auch unbewusste Erwartungen spielen eine Rolle. Eine hervorragende Vornote, die zur Übertrittsprüfung angerechnet wird, kann deshalb nicht immer als völlig objektives Kriterium gelten.

Entscheidend ist jedoch auch die pädagogische Perspektive. Lernen ist ein Prozess. Unser Lehrplan 21 baut auf Kompetenzen auf, dementsprechend müsste auch die Beurteilung erfolgen. Schülerinnen und Schüler sollten ihre Leistungen in unterschiedlichen Lernsituationen zeigen können, sodass über eine gewisse Zeit hinweg ein Gesamtbild entsteht. Die Probezeit an den Gymnasien ist ja bereits seit langem etabliert. Da stellt sich dann schon die Frage: Wozu dient denn eigentlich noch die Übertrittsprüfung? Ist sie nicht ein Stück weit ein alter Zopf? Denn die Prüfung reduziert Leistungen letztlich auf ein punktuelles Ereignis, einen einzigen Tag, der darüber entscheidet, ob es «Daumen hoch» oder «Daumen runter» gibt. Das verursacht erheblichen Stress und wird dem prozessorientierten Verständnis von Lernen nur bedingt gerecht.

Natürlich wird auch ein prüfungsfreier Zugang die unterschiedlichen Gymnasialquoten zwischen Gemeinden nicht einfach aufheben. Gemeinden mit hohem sozioökonomischen Status, etwa am Zürichsee, erreichen heute deutlich höhere Quoten als Gemeinden mit einer anderen sozialen Zusammensetzung, beispielsweise Schlieren. Diese Unterschiede haben komplexe Ursachen. Dennoch stellt sich die Frage, ob ein stark prüfungszentriertes System solche Ungleichheiten nicht zusätzlich verstärkt. Ein Verfahren, das Leistungen über einen längeren Zeitraum beurteilt und nicht auf einen einzelnen Prüfungstag fokussiert, könnte hier möglicherweise zu etwas mehr Durchlässigkeit beitragen. Genau deshalb bitten wir die Regierung, noch einmal genauer aufzuzeigen, wie effizient unser System tatsächlich ist, auch im Vergleich zu anderen Kantonen, zum Beispiel dem Kanton Aargau, der seit langem einen prüfungsfreien Zugang zum Gymnasium kennt.

Für uns Grüne geht es mit diesem Postulat zunächst um eine Auslegeordnung. Wir unterstützen das Postulat.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir werden das Postulat nicht unterstützen. Wir anerkennen die Anliegen bezüglich der Chancengleichheit und der Belastung durch Prüfungsvorbereitungen. Gleichzeitig sind wir aber der Ansicht, dass ein prüfungsfreier Übertritt ins Gymnasium nicht die geeignete Lösung ist. Die Unterschiede in den Übertritten zwischen Zürcher Gemeinden spiegeln verschiedene Herkunftseffekte wider. Ein prüfungsfreier Zugang würde diese Effekte nicht beseitigen, sondern das Aufnahmeverfahren lediglich auf eine andere Weise verschieben, ohne das Ziel der Chancengleichheit zu erreichen.

Zudem ist die zentrale Aufnahmeprüfung ein bewährtes Instrument, das sich als effizient und zuverlässig erwiesen hat. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler schliesst das Gymnasium erfolgreich ab, was für die Stabilität des Bildungssystems spricht. Ein prüfungsfreier Übertritt würde zusätzlichen Druck auf die Lehrpersonen und Schulen erzeugen, denn nun wären sie für eine breitere Heterogenität in den Klassen verantwortlich. Zudem sind wir überzeugt, dass die

Dropout-Quote aus dem Gymnasium höher werden würde, was nicht erstrebenswert wäre.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Der prüfungsfreie Übertritt ins Gymnasium: Sie haben die Argumente pro und kontra gehört, und auch wir von der EVP haben pro und kontra abgewogen. Dafür spricht die grössere Chancengerechtigkeit des prüfungsfreien Übertritts. Es kann doch nicht sein, dass die Eintrittschancen ins Gymi davon abhängen, wie viele teure Prüfungsvorbereitungskurse die Eltern bezahlen können. Andererseits sind wir skeptisch, ob ein prüfungsfreier Übertritt ins Gymnasium nicht den Druck weg von Sek – Berufslehre hin zum Gymi noch mehr erhöhen und zu einer höheren Gymi-Quote führen würde. Aber um die langandauernde Debatte mit Behauptungen beiderseits zu einem vorläufigen Abschluss zu führen, könnte ein Bericht mit einer vertieften Analyse nicht schaden, und der Regierungsrat ist ja bereit, diese Analyse vornehmen zu lassen. Die EVP überweist daher das Postulat.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Wie ich schon in meinem Votum zur Abschaffung des Langzeitgymnasiums erwähnt habe, ist die Gymi-Prüfung ohne Vorbereitungskurs heute nicht zu schaffen. Es liegt im Ermessen der Schulen, ob ein solcher Kurs angeboten wird. Wenn nicht, haben die Eltern die Möglichkeit, ihr Kind für teures Geld zu einem privaten Kurs anzumelden. Da sich das nicht alle leisten können, haben wir hier bereits einen versteckten Selektionsfaktor. Kurz gesagt, soziale Herkunft entscheidet stärker als die Leistung, ob ein Kind die Gymi-Prüfung besteht oder nicht. Die Prüfung misst daher weniger die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, sondern vielmehr den Zugang zu Unterstützungsangeboten – Chancengerechtigkeit ade.

Aus Sicht der Alternativen Liste muss dieses System daher grundlegend überdacht werden. Und wie Herr Bourgeois schon erwähnt hat, ist es absolut nicht sinnvoll, dass die 6.-Klass-Schüler und -Schülerinnen, die sich auf die Gymi-Prüfung vorbereiten, zusätzlichen Stoff lernen müssen, um diese Prüfung überhaupt bestehen zu können, neben dem regulären 6.-Klass-Stoff, den sie sich auch aneignen müssen. Andere Kinder wiederum besuchen, ob freiwillig oder nicht, zwei Kurse, um die Prüfung auch wirklich zu bestehen. Freizeit, Sport, Freunde müssen für ein halbes Jahr hintenanstehen, obwohl genau diese Peer-Aktivitäten für Teenager so wichtig sind. Somit führt die Gymi-Prüfung zu einem Leistungsdruck, der pädagogisch fragwürdig ist. Hinzu kommt, dass die Kinder für die Prüfung lernen und nicht fürs Verständnis.

Es geht hier um ein Postulat. Es geht um einen Bericht, der die Auswirkungen, welche die Einführung eines prüfungsfreien Übertritts ans Gymnasium haben würde, beleuchten soll. Es sollte eigentlich im Sinne aller sein, diese Informationen zu erhalten. Auch der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Alternative Liste überweist es, tun Sie es uns bitte gleich. Besten Dank.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Ich spreche für einen Teil der GLP-Fraktion und als Präsident einer Sekundarschulgemeinde.

Ich habe jetzt mehrfach gehört, ein solcher Bericht verursache keine Verpflichtungen, schaffe aber die Grundlage für eine sachliche Diskussion über mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Wenn Sie sagen, ein Bericht verpflichte zu nichts, liefere aber wertvolle Entscheidungsgrundlagen und könne helfen, bestehende Ungleichheiten im System besser zu verstehen und gezielt anzugehen, mag das sein. Aber das ist nicht die Absicht, nicht die Hidden Agenda dieses Vorstosses. Dass es nur darum gehen sollte, nehme ich Ihnen schon mal nicht ab. Und selbst wenn dem so wäre, die Eltern im Kanton würden dieses Signal ganz anders verstehen. Es wird nicht nur die Medienschlagzeile sein, die heisst «Kantonsrat schafft Gymi-Prüfung ab», die Eltern würden das so verstehen. Und das ist die Absicht der Postulantinnen, sie wollen die Gymi-Prüfung abschaffen. Wollen sie auch die Matura-Quote erhöhen? Wollen sie die Sekundarschule schwächen? Die gleichen Kreise wollen übrigens auch die Aufnahme in die Sek selektionsfrei gestalten. Sie wissen, das ist das Vorhaben, dass es keine Sek A, B und C mehr gibt, das ist das Vorhaben, das jetzt als Einzelinitiative (*KR-Nr. 55/2026*) eingereicht worden ist. Die Einzelinitiantin wird dann ja – wir haben es heute Morgen so beschlossen – ihre Beweggründe darlegen können. Selektionsfrei, das ist das Vorhaben, zu dem letztes Jahr eine Volksinitiative so krachend gescheitert ist, dass es nicht einmal die Hürde der Unterschriften geschafft hat, und im Parlament Uster ist ein ähnlicher Vorstoss ebenfalls krachend gescheitert.

Und selbstverständlich soll auch der Eintritt ins Gymi selektionsfrei sein, selektionsfrei, das neue Mantra. Sie werden nun sagen, «nein, nein, es geht nicht um selektionsfrei, sondern um prüfungsfrei». Das ist das, was die Erstpostulantin sagte, und ich habe sie gehört. Trotzdem: Als Präsident einer Sekundarschulgemeinde will ich eine starke Sekundarschule als starke Alternative für fast alle Schülerinnen und Schüler. Das Langzeitgymnasium kann und soll bestehen für Kinder, die wirklich hochbegabt sind. Auch für das Kurzzeit-Gymi, das hier weniger im Fokus steht, bei dem es aber um eine genau gleich anerkannte Matur geht, auch dafür sollen Schülerinnen und Schüler eine Prüfung machen. Denn Jugendliche, die eine Berufslehre beginnen wollen, müssen Bewerbungen schreiben, Assessments durchlaufen, Tests absolvieren et cetera, und sie müssen mit Absagen rechnen, oft sind es mehrere Absagen. Sekundarschülerinnen, die eine Berufsschule machen wollen, die eine Berufsschule beginnen wollen, brauchen einen Plan B, einen Plan C und werden gefordert. Etwas Ähnliches dürfen wir doch auch von denen verlangen, die dann in eine Maturitätsschule übertreten wollen. Sie werten, wenn auch nicht bewusst oder nicht absichtlich, mit Ihrem Wichtigreden des gymnasialen Wegs die duale Bildung ab. Tun Sie das bitte nicht. Die duale Bildung ist der Königsweg, und niemand soll in der Schweiz stigmatisiert werden, weil er/sie eine Berufslehre macht. Und noch etwas: Prüfungen seien ungerecht, da es auf einen Tag ankomme. Mit guten Vornoten verträgt es auch einen Ausrutscher in der Prüfung. Und die Prüfungsnote ist dann unter Umständen doch objektiver als die Note aus einer Schulklasse.

Wir haben jetzt ein gut austariertes System mit vielen Möglichkeiten. Wird das System wirklich gerechter, wenn es keine Prüfungen gibt? Oder sind dann nicht doch wieder Kinder aus privilegierten Haushalten bessergestellt? Die Frage ist

doch vielmehr: Wie schaffen wir es, Eltern beizubringen, dass nicht das Gymi der einzige Weg ist? Ich höre immer, dass das Gymi der Königsweg und der bessere Weg als die Berufsbildung sei. Für mich ist das falsch. Mit der Überweisung dieses Postulats stärken Sie dieses Narrativ, lehnen Sie es deutlich ab. Danke.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Was Sylvie Matter erzählt hat, ist ihre eigene Wahrnehmung, die sie sehr gerne von der Bildungsdirektion bestätigt haben möchte. Eigentlich geht es hier wirklich nur um die Gleichschaltung aller Kinder, das ist verwerflich. Benno Scherer hat das Ansinnen entlarvt, und ich hoffe, dass ganz viele von der GLP dieses Postulat ablehnen.

Übrigens, wenn es weniger Gymi-Aspiranten hat, dann gibt es übrigens auch weniger Prüfungen. Das wäre effizient, denn dann sind nur noch die Richtigen dort. Und übrigens noch: Wir haben ja KI, und KI kann vieles, kann nicht alles, aber kann vieles. Und es könnte bei der Bewältigung der riesengrossen Menge an Prüfungen helfen, weil genau diese Prüfungen nämlich standardisiert sind. Das hilft. Und deshalb bitte ich Sie, lehnen Sie dieses Postulat ab, es ist schlicht unnötig.

Sylvie Matter (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Wenn man die Grammatikprüfung und den Aufsatz als zwei Prüfungen nimmt, dann sind wir insgesamt bei drei Prüfungen, dann sind es rund 51'000 Arbeitsstunden, die für die Korrekturen gebraucht werden. Und nein, gerade im Korrigieren von Aufsätzen ist die KI immer noch eine Katastrophe, das können wir nicht übergeben. Das heisst: Für mich ist es nicht ganz verständlich, warum genau diese Parteien, die sonst immer Kosten einsparen wollen und immer überall höhere Kosten befürchten, jetzt nicht prüfen wollen, ob wir diese Kosten nicht einsparen könnten, denn die Prüfung kostet sehr viel. Und der Kanton Aargau wurde erwähnt, dort geht es rein über die Zeugnisnoten. Das sind mehrere Prüfungen über das ganze Schuljahr hinweg, es sind zwei Zeugnisse nötig, die gezählt werden, um dann auch ohne die Probezeit in die Schule zu kommen, also das ganze erste Jahr machen zu können. Der Druck auf die Lehrpersonen der Primarschule ist nicht wesentlich höher. Das sind Aussagen, die jetzt einfach nicht richtig waren.

Gut, wenn wir für die heutige Debatte Noten verleihen würden, würde die Sprecherin der GLP eine 6 bekommen, weil sie ein gutes Textverständnis hat. Sie hat verstanden, um was es in diesem Vorstoss ging, wie auch die EVP, es geht darum, zu prüfen, anzuschauen: Haben wir wirklich das optimale System? Bei der SVP bin ich mir nicht ganz sicher, ob Sie nur den Titel gelesen haben, weil Sie behaupten, wir wollten die Prüfung abschaffen. Wir wollen einen Bericht. Dass Sie den Bildungsbericht noch nie gelesen haben, haben Sie aber gezeigt, weil es Kantone hat, die keine Prüfung haben, aber weniger Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Es stimmt also nicht, dass alle Kantone, die keine Prüfung haben, einfach mehr Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien haben. Diese Aussage ist falsch. Und Statistiken sind nicht einfach eine Wahrnehmung, bitte schauen Sie sich doch die Fakten an, die wir haben.

Überrascht hat mich das Votum von Marc Bourgeois. Für einmal sind wir fast einer Meinung. Ich konnte sehr vielem zustimmen, was er gesagt hat, nur seiner

Konklusion nicht. Also schlussendlich läuft alles, was er gesagt hat, darauf hinaus, dass wir eben überprüfen müssen: Ist das denn die richtige Art und Weise, wie wir diese Selektion anschauen? Und genau das fordern wir ja, dass wir anschauen, ob das die richtige Art und Weise ist.

Das Votum des GLP-Sprechers muss ich dann einmal noch analysieren. Es ist eine Mischung zwischen einem Argument der schiefen Ebene, indem gesagt wird, «wenn wir das annehmen, dann passiert ganz, ganz, ganz viel Böses», und einem Strohmännchen-Argument, indem mir Dinge unterstellt werden, die ich gesagt oder mitgedacht hätte, und gegen die dann argumentiert wurde. Beispielsweise, dass das Gymnasium ein Königsweg sei, hat niemand von uns irgendwie formuliert, das wurde uns schlichtweg unterstellt. Ich kann mein Votum gerne zum Gegenlesen geben, da steht dieses Wort ganz sicher nicht, weil ich das so auch nicht glaube. Es ist ein Weg von ganz vielen, die alle gut sind. Und wir müssen schauen, dass die richtigen Kinder den Weg machen, der für sie der richtige ist. Und wir müssen die Selektion so gestalten, dass jedes Kind am Schluss den Weg machen kann, für den es die Kompetenzen hat.

In Bezug darauf, dass wir die Eltern besser informieren müssten, was es alles für Wege gibt, wie unser Bildungssystem aufgebaut ist, und das möglichst früh, dazu haben wir schon vor längerem einen Vorstoss gemacht.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) spricht zum zweiten Mal: Das hat mich doch ein bisschen gejuckt, was Sylvie Matter gesagt hat, und zwar seht ihr jetzt mal, geschätzte Damen und Herren, wie Noten gemacht werden. Sie hat es ganz ehrlich gesagt, oh, wie peinlich.

Ratspräsident Beat Habegger: Das Kantonsratsgesetz gibt dem Präsidenten nicht die Kompetenz, Noten zu verteilen, auch nicht im Fach Betragen (*Heiterkeit*). Deshalb gebe ich jetzt das Wort der Bildungsdirektorin, Regierungsrätin Silvia Steiner.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Als Oberlehrerin werde ich jetzt hier auch nicht Noten verteilen, das steht mir nicht zu und das ist eigentlich auch nicht nötig. Sie haben aber in dieser Diskussion gezeigt, wie viele Gefühle und Ressentiments eigentlich rund um diese Frage der Gymi-Prüfung bestehen, und da prallen wahrscheinlich tatsächlich zwei Welten aufeinander.

Ich erlaube mir einige Vorbemerkungen: Man kann es doch Eltern, die über die Ressourcen verfügen, nicht verübeln, wenn sie ihre Kinder unterstützen, in welcher Form auch immer sie das tun, sei es dadurch, dass sie mit ihnen lernen, wie Herr Bourgeois das gemacht hat, oder sei es dadurch, dass sie ihnen irgendwelche Kurse ermöglichen. Ein Missstand, den ich schon vor etwa elf Jahren bei meinem Amtsantritt bei den Gymis sehr stark bemängelt habe, ist die Dropout-Quote nach der Probezeit. Wir lagen damals bei mindestens 12 bis 13 Prozent, teilweise noch viel höher. Das heisst, mindestens ein Zehntel bis ein Neuntel der Schülerinnen und Schüler mussten das Gymi wieder verlassen, unnötiger Ressourcenverlust, da

werden Sie mir recht geben. Und die Wunden, die da zurückbleiben, die Aufwendungen, die die Sekundarschulen leisten müssen, es ist eigentlich alles sehr, sehr unnütz. Das haben die Gymis verstanden. Ich habe ihnen einen klaren Auftrag gegeben, und wir sind jetzt in der Dropout-Quote deutlich, deutlich unter 10 Prozent bei allen Gymnasien. Es gibt sicher Kinder, die sich dort am falschen Ort wähnen und deshalb austreten, aber diejenigen, die leistungsmässig nicht mitkommen, sind ein ganz kleiner Teil. Und deshalb finde ich es auch ziemlich schwierig, wenn man im Zusammenhang mit den Gymnasiasten von «Low Performern» spricht, das finde ich absolut despektierlich. Die Kinder, die im Gymnasium sind, sind leistungsbereit, leistungswillig. Und diejenigen, die es eben nicht schaffen, werden durch das strenge Qualifikationsverfahren an den Gymnasien während der ganzen Gymnasialzeit eben dann zum Austritt bewogen. Deshalb haben wir eigentlich eine solche Gymnasialquote, wie wir eine Eintrittsquote ins Gymnasium haben.

Das würde an und für sich auch im Bildungsbericht stehen – den ich übrigens gelesen habe, Frau Matter, ich kann lesen –, dieser Bildungsbericht gibt eigentlich genau das zum Besten. Er sagt: Je strenger die Qualifikation an den Gymnasien ist, desto geringer ist der Dropout an den Hochschulen. So viel habe ich da verstanden, vielleicht haben Sie einen anderen Bildungsbericht gelesen als ich.

Aber die Regierung ist tatsächlich bereit, das auch darzulegen. Ich finde es gut, wenn Sie wissen, was für Überlegungen man sich macht. Man macht sich in der Bildungsdirektion ab und zu Überlegungen oder vielleicht sogar ununterbrochen, auch wenn Sie das nicht glauben können. Das heutige Aufnahmeverfahren wurde im Schuljahr 2022/2023 eingeführt, und die Bildungsdirektion ist zurzeit daran, das Übertrittsverfahren zu evaluieren. Die Evaluation soll zeigen, was funktioniert und wo es eben noch Nachbesserungen braucht. Wir schauen da sehr kritisch hin, und das Thema «Chancengerechtigkeit» steht an erster Stelle. Aber auch die Entlastung unserer Jungen und Jüngsten ist ein wichtiges Anliegen, das wir ebenfalls damit verfolgen wollen.

Ob Sie das Postulat jetzt also überweisen und dann einen Bericht von uns bekommen oder nicht, wir werden die Aufnahmeprüfung evaluieren und Ihnen dann zeigen, wo wir Optimierungsbedarf sehen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 96 : 72 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 111/2025 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.